

Der folgende Artikel des sowjetischen Militärhistorikers Oberst Sergej Nikolajewitsch Kowaljow ist der Internetausgabe der russischen Zeitung (Vsgljad, „Blick“) vom 4. Juni 2009 entnommen. Er war ursprünglich auch auf der Netz-Seite des russischen Verteidigungsministers postiert gewesen, wurde dort jedoch infolge polnischer Proteste gelöscht. Die hier vorgelegte deutsche Übersetzung umfasst etwa zwei Drittel des Textes. Das letzte Drittel ist für den deutschen Leser weniger wichtig.

Jürgen Graf
Moskau, Juni 2009

*

Erdichtungen und Fälschungen bei der Einschätzung der Rolle der UdSSR am Vorabend und zu Beginn des Zweiten Weltkriegs

Sergej Kowaljow

Sergej Nikolajewitsch Kowaljow ist Leiter der wissenschaftlichen Forschungsabteilung für die Militärgeschichte der Nordwestlichen Region der Russischen Föderation am Institut für Militärgeschichte des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation. Er ist Oberst sowie Doktor der Geschichtswissenschaft und lebt in St. Petersburg.

Die Einschätzung der Rolle der UdSSR bei den Geschehnissen am Vorabend sowie zu Beginn des Zweiten Weltkriegs ist schon seit geraumer Zeit Gegenstand von Diskussionen unter Politikern, Wissenschaftlern und Spezialisten sowie in der Öffentlichkeit. Die heutzutage mit diesem Thema verbundenen antirussischen Ausfälle beruhen oft auf einer verzerrten und verfälschten Darstellung der Tätigkeit der sowjetischen Führung während jener Periode. Immer häufiger wird gegenwärtig in den Massenmedien die Auffassung verfochten, es habe „ein neuer kalter Krieg“ begonnen.¹⁾ Einige westliche Autoren schreiben Dinge wie die folgenden: „*Es ist Zeit, der bitteren Wahrheit ins Gesicht zu sehen: Russland ist wieder da, es ist reich, stark und [dem Westen] wieder feindselig gesinnt. Die Partnerschaft weicht einer Konkurrenz, die immer bedrohlichere Züge annimmt. Es hat ein neuer kalter Krieg begonnen, und wie schon in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts merken wir das zu spät.*“²⁾ Auffallend ist auch, mit welcher Leichtfertigkeit Staaten etikettiert werden, die historisch mit Russland verbunden sind. So heißt es beispielsweise, manche Länder Europas, insbesondere Bulgarien, Lettland und Moldawien, hätten sich „Russland auf Gnade und Ungnade ergeben“.³⁾

Die heutigen Fälscher versuchen, die UdSSR als Anstifterin des Zweiten Weltkriegs darzustellen oder zumindest „zwei blutigen Diktatoren“ ein gleiches Maß an Verantwortung für seine Entfesselung anzulasten. Ihr Lieblingsargument ist hierbei die am 23. August 1939 erfolgte Unterzeichnung des Nichtangriffspakts zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Bekanntlich lassen sich historische Fakten nur dann richtig einschätzen, wenn man sie in den Kontext der Ereignisse einbettet, die sich in einer bestimmten Periode abgespielt haben. Bei der Analyse des sowjetisch-deutschen Paktes darf man das weniger als ein Jahr zuvor abgeschlossene Münchner Abkommen nicht vergessen. Diese Geschehnisse sind eng miteinander verbunden, denn was sich in der bayrischen Hauptstadt zutrug, hat die Politik der UdSSR in mancher Hinsicht beeinflusst.

Wer die Geschichte des Zweiten Weltkriegs unvoreingenommen erforscht hat, weiß, dass dieser infolge der Weigerung Polens begonnen hat, den deutschen Forderungen stattzugeben. Weniger bekannt ist freilich, dass die Forderungen Deutschlands höchst gemäßigt waren: der Anschluss Danzigs an das Dritte Reich sowie die Erlaubnis zum Bau extraterritorialer Autobahnen und Eisenbahnen, die Ostpreußen mit dem Hauptteil Deutschlands verbinden sollten.⁴⁾ Diese beiden Forderungen kann man schwerlich als unbegründet bezeichnen. Die Bewohner der infolge des Versailler Friedensvertrags von Deutschland getrennten Stadt Danzig waren in ihrer übergroßen Mehrheit Deutsche⁵⁾, die aufrichtig die Wiedervereinigung mit ihrer historischen Heimat wünschten. Völlig natürlich war auch die Forderung bezüglich der Verkehrswege, um so mehr, als keine Ansprüche auf das Territorium des „polnischen Korridors“ geltend gemacht wurden, der Deutschland in zwei Teile spaltete. Übrigens hatte Deutschland die durch den Versailler Vertrag herbeigeführten territorialen Veränderungen im Gegensatz zu den Westgrenzen niemals anerkannt.⁶⁾

Aus diesen Gründen schien am 24. Oktober 1938, als Deutschland Polen eine Regelung der mit Danzig und dem „polnischen Korridor“ verbundenen Fragen vorschlug⁷⁾, nichts auf eine Komplizierung der Lage hinzudeuten. Warschau antwortete jedoch mit einer schroffen Absage und wies auch die späteren deutschen Vorschläge zurück. Polen, das den Status einer Großmacht anstrebte, wollte sich keinesfalls mit der Rolle eines Juniorpartners Deutschlands zufriedengeben. Am 26. März 1939 lehnte es Polen endgültig ab, die deutschen Forderungen zu erfüllen.⁸⁾ Als Reaktion hierauf kündigte die deutsche Seite am 28. April 1939 das aus dem Jahre 1934 stammende deutsch-polnische Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit.⁹⁾

Gleichzeitig erweckten die westlichen Demokratien bei der polnischen Regierung die unbegründete Illusion, sie würden Warschau im Kriegsfall die erforderliche Hilfe leisten. Am 31. März 1939 erklärte der britische Premierminister N. Chamberlain vor dem Abgeordnetenhaus: „*Im Fall*

irgendeiner Aktion, die eine klare Bedrohung der Unabhängigkeit Polens darstellen wird ... wird sich die Regierung Seiner Majestät als verpflichtet erachten, der polnischen Regierung jede in ihren Kräften liegende Unterstützung zu gewähren. Sie hat der polnischen Regierung eine diesbezügliche Versicherung abgegeben. Ich darf hinzufügen, dass die französische Regierung mich ermächtigt hat, klarzustellen, dass sie in dieser Frage dieselbe Position vertritt wie die Regierung Seiner Majestät. ^{“10)} Wie die folgenden Ereignisse bewiesen haben, handelte es sich bei diesem Versprechen um einen vorsätzlichen Betrug. Die polnische Führung nahm es jedoch für bare Münze und verlor deshalb zusehends jeden Realitätssinn.

Der amerikanische Journalist W. Shirer, der die polnische Wirklichkeit dank dreißigjähriger Erfahrung kannte, kommentierte die englischen Garantien an Polen wie folgt: *„Man kann eine Pulverfabrik ohne weiteres bewachen, wenn darin die Sicherheitsvorschriften beachtet werden, doch eine Pulverfabrik zu bewachen, in der sich lauter Verrückte aufhalten, ist nicht ganz ungefährlich.* ^{“11)}

Die Entwicklungen in Europa sowie die wachsende Aggressivität Deutschlands mussten zwangsläufig auch bei der sowjetischen Führung Besorgnis erwecken. Es machte den Anschein, als sei ein Bündnis [der UdSSR; der Übersetzer] mit den westlichen Demokratien erforderlich, um A. Hitler in die Schranken zu weisen, doch zu Recht bemerkte W. Churchill: *„München und noch vieles andere mehr überzeugten die Sowjetregierung, dass weder England noch Frankreich kämpfen würden, solange sie nicht selbst angegriffen würden, und dass auch in diesem Fall dabei nicht viel herauskommen würde.* ^{“12)} Es lag auf der Hand, dass das Ziel der von den Westmächten gegenüber Hitler betriebenen „Beschwichtigungspolitik“ darin bestand, eine deutsche Aggression gegen Osten – also gegen die UdSSR – zu lenken. Am 12. September 1938 sagte N. Chamberlain kurz vor seinem Treffen mit A. Hitler: *„Deutschland und England sind zwei Pfeiler der europäischen Welt und die Hauptbollwerke gegen den Kommunismus, und deshalb ist es erforderlich, unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten auf friedlichem Wege zu überwinden ... Wahrscheinlich wird es möglich sein, eine Lösung zu finden, die für alle annehmbar ist außer für Russland.* ^{“13)}

In dieser Situation zog die sowjetische Führung den sich aufdrängenden Schluss: Eine Zusammenarbeit mit England und Frankreich war nur dann möglich, wenn man sich zuvor mittels eines militärischen Bündnisvertrags absicherte, in dem die Verpflichtungen der Vertragspartner klar und unzweideutig festgelegt waren.

Am 17. April 1939 regte Moskau den Abschluss eines englisch-französisch-sowjetischen Abkommens über gegenseitige Hilfeleistung an, das folgende Punkte beinhalten sollte:

1. *„England, Frankreich und die UdSSR schließen ein auf fünf bis zehn Jahre befristetes Abkommen, das sie verpflichtet, einander im Fall einer in Europa verübten Aggression gegen einen der Unterzeichnerstaaten unverzüglich jegliche Art von Hilfe einschließlich militärischer zu gewähren.*
2. *England, Frankreich und die UdSSR verpflichten sich, den zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer gelegenen osteuropäischen Staaten im Falle einer Aggression gegen diese Staaten jede Art von Hilfe einschließlich militärischer zu gewähren.*
3. *England, Frankreich und die UdSSR verpflichten sich, innerhalb kürzester Frist den Umfang sowie die Formen der militärischen Hilfe zu erörtern und festzulegen, welche jedem dieser Staaten in Erfüllung von Artikel 1 und 2 zu leisten ist.*
4. *Die englische Regierung stellt klar, dass die Hilfe, die sie Polen versprochen hat, ausschließlich für den Fall einer Aggression seitens Deutschlands gilt.*
5. *Der zwischen Polen und Rumänien bestehende Vertrag wird entweder für den Fall einer jeden Aggression gegen Polen und Rumänien für gültig erklärt oder aber als gegen die UdSSR gerichtet für ungültig erklärt.*
6. *England, Frankreich und die UdSSR verpflichten sich, nach der Eröffnung von Feindseligkeiten unter keinen Umständen im Alleingang und ohne gemeinsame Vereinbarung der drei Mächte irgendwelche Verhandlungen mit den Aggressoren zu führen oder Frieden zu schließen.*
7. *Eine entsprechende Vereinbarung wird gleichzeitig mit einer Konvention unterzeichnet, die in Übereinstimmung mit Artikel 3 zu entwerfen ist.*
8. *England, Frankreich und die UdSSR erachten es als erforderlich, mit der Türkei gemeinsame Verhandlungen über den Abschluss eines separaten Abkommens über gegenseitige Hilfe aufzunehmen.“⁽¹⁴⁾*

Dieser Vorschlag passte den westlichen Partnern offenbar nicht in den Kram. Am 26. April erklärte Außenminister Lord E. Halifax bei einer Sitzung der englischen Regierung: *„Für einen dermaßen umfassenden Vorschlag ist die Zeit noch nicht reif.“⁽¹⁵⁾* England und Frankreich hofften, die Sowjetunion werde ihnen gegenüber einseitige Verpflichtungen eingehen. Bei einer Kabinettsitzung gab Halifax am 3. Mai bekannt, dass er folgende Anfrage an Russland richten werde: *„Ist Russland bereit, Polen und Rumänien zu einem für diese Länder annehmbaren Zeitpunkt und in einer für sie annehmbaren Form Hilfe zu leisten?“⁽¹⁶⁾*

Am 6. Mai 1939 informierte der provisorische sowjetische Geschäftsträger in Berlin, G. A. Astachow, das Außenministerium [in Moskau] über die Reaktion der deutschen Presse auf die Ernennung eines neuen sowjetischen Außenministers²⁵; ihm zufolge versuchte die deutsche Presse „den Eindruck zu erwecken, es stehe ein Kurswechsel unserer Politik in einem für sie [die Deutschen] günstigen Sinne bevor (Abkehr von der kollektiven Sicherheit etc.)“.¹⁷) Einen Tag zuvor, am 5. Mai, hatte der Leiter der Osteuropasektion der Abteilung für Wirtschaftspolitik im deutschen Außenministerium, K. J. Schnurre, den sowjetischen Bevollmächtigten S. F. Merekalow, der noch am selben Tag nach Moskau abreiste, ins Ministerium eingeladen und ihn darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Kontrakte der ehemaligen [sowjetischen; d. Ü.] Handelsmission in Prag mit den [inzwischen in deutscher Hand befindlichen, d. Ü.] Skoda-Werken nach Ansicht der deutschen Regierung „erfüllt werden müssten“. „Den Skoda-Werken sind seitens der militärischen Führung entsprechende Anweisungen erteilt worden“, fuhr Schnurre fort und versicherte: „Es sind fortan keine Hindernisse dafür ersichtlich, dass die Firma ihre Verpflichtungen erfüllt.“¹⁸) Dies war eine klare Geste seitens der deutschen Seite, denn noch am 17. April hatten die sowjetischen Vertreter in Berlin gegen die „Einmischung der deutschen militärischen Führung“ in die normale kommerzielle Tätigkeit der Handelsmission protestiert.¹⁹)

W. M. Molotow ließ sich mit seiner Reaktion auf die deutschen Signale Zeit. Er führte über die diplomatischen Vertreter Großbritanniens und Frankreichs weiterhin aktive Verhandlungen mit diesen beiden Staaten. Am 8. Mai empfing der Außenminister den englischen Botschafter W. Seeds, der ihm die Antwort seiner Regierung auf den Vorschlag der UdSSR zum Abschluss eines Abkommens über gegenseitige Hilfeleistung überbrachte. Die Antwort war entmutigend. Die britische Führung schlug der Sowjetregierung vor, eine Erklärung zu publizieren, in der sie sich verpflichtete, „für den Fall, dass Großbritannien und Frankreich in Erfüllung der von ihnen eingegangenen Verpflichtungen in kriegerische Handlungen verwickelt werden, ihnen sofortige militärische Unterstützung zu gewähren, falls diese gewünscht wird“.²⁰) Auf diese Weise drückten sich die Engländer um eine konkrete Antwort auf die Frage nach einem Pakt und regten statt dessen lediglich die Veröffentlichung einer neuen Erklärung an.

Am selben Tag unterrichtete das sowjetische Außenministerium seinen Botschafter in Frankreich, J. S. Suriz, über den englischen Vorschlag und bat ihn um eine Stellungnahme zu dieser Frage.²¹) Am 10. Mai charakterisierte Suriz den erwähnten Vorschlag in einem Telegramm an das Außenministerium wie folgt: „Er zieht uns automatisch in einen Krieg mit Deutschland hinein.“ Dies sei darum der Fall, weil England und Frankreich

25 Der jüdische Außenminister Maxim Litwinow war durch den Nichtjuden Wjatscheslaw Molotow ersetzt worden, was man in Berlin gebührend zur Kenntnis nahm. – Der Übersetzer.

„ohne Abkommen und Abstimmung mit uns Verpflichtungen [gegenüber Polen und anderen Staaten] eingegangen sind“.²²⁾ Gestützt auf diese und ähnliche Erwägungen formulierte der Außenminister seine Position.

Am 14. Mai 1939 zitierte W. M. Molotow den englischen Botschafter W. Seeds zu sich und händigte ihm eine Note aus, die eine Antwort auf den englischen Vorschlag enthielt. Darin hieß es: „Die englischen Vorschläge gegenüber der UdSSR beruhen nicht auf dem Gegenseitigkeitsprinzip und versetzen diese in eine ungleiche Position. Die Sowjetregierung stellt sich auf den Standpunkt, dass folgendes erforderlich ist, damit die friedliebenden Länder eine Barriere gegen ein weiteres Ausufern der Aggression in Europa errichten können: Ein effektiver Pakt über gegenseitige Hilfeleistung gegen eine Aggression; eine Garantie der drei Großmächte für die von einer Aggression bedrohten Staaten Zentral- und Osteuropas einschließlich der Baltenstaaten und Finnlands; der Abschluss eines konkreten Abkommens zwischen England, Frankreich und der UdSSR über die Formen sowie das Ausmaß der Hilfe.“²³⁾

Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 14. Mai merkte Moskaus Botschafter in London, I. M. Maiski, in seinem Tagebuch an, diese versetzten „die britische Regierung in eine äußerst schwierige Lage. Unsere Vorschläge sind klar, einfach, vernünftig und vermögen an das Bewusstsein des einfachen Menschen zu appellieren“.²⁴⁾ Andererseits, fuhr der Botschafter fort, „machen die Garantien, welche Großbritannien gegenüber Polen, Rumänien und Griechenland abgegeben hat, eine Übereinkunft mit der Sowjetunion unter allen Umständen unabdingbar, weil Großbritannien und Frankreich für Polen oder Rumänien nichts Greifbares tun können. Bis eine britische Blockade Deutschlands für letzteres zur ernsthaften Bedrohung wird, werden Polen und Rumänien nicht mehr existieren.“²⁵⁾

Erst am 25. Juli nahmen die englische, und am Tag danach auch die französische Regierung den sowjetischen Vorschlag an, Verhandlungen über den Abschluss einer Militärkonvention zu beginnen, und bekundeten ihre Bereitschaft, Vertreter nach Moskau zu entsenden.²⁶⁾ Der Auftakt zu den Verhandlungen erfolgte am 12. August.

Der Ablauf dieser ergebnislos gebliebenen Verhandlungen ist gut bekannt, so dass wir es uns schenken können, hier lange darauf einzugehen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen lediglich die realen Ziele, welche die daran beteiligten Seiten verfolgten. Beispielsweise sahen die Instruktionen für die nach Moskau entsandte britische Delegation ausdrücklich vor, „die Verhandlungen äußerst langsam zu führen“²⁷⁾ und das Eingehen konkreter Verpflichtungen zu vermeiden: „Die britische Regierung wünscht keine Verpflichtungen einzugehen, die uns unter irgendwelchen Umständen die Hände binden könnten. Bezüglich der Frage nach einem militärischen Abkommen sind deshalb möglichst allgemein gehaltene Formulierungen anzustreben.“²⁸⁾

Eine grundlegend andere Position nahm die Sowjetführung ein. Das Oberhaupt der französischen Delegation, General J. Doumenc, der das französische Kriegsministerium über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden hielt, konstatierte am 17. August 1939 in einem Telegramm: *„Es unterliegt keinem Zweifel, dass die UdSSR einen militärischen Pakt abzuschließen wünscht und nicht will, dass wir ihr irgendein Dokument vorlegen, das keine konkrete Bedeutung hat.“*⁽²⁹⁾

Zum hauptsächlichen Stolperstein wurde die Frage nach dem Durchgangsrecht für sowjetische Truppen durch das Territorium Polens und Rumäniens. Damals besaß die Sowjetunion nämlich keine gemeinsame Grenze mit Deutschland. Unter diesen Umständen war nicht ersichtlich, wie sowjetische Truppen überhaupt militärische Schläge gegen die deutsche Armee führen konnten. Aus diesem Grund stellte [der sowjetische Verteidigungsminister] K. E. Woroschilow bei einer Sitzung der militärischen Delegationen am 14. August folgende konkrete Frage: *„Im großen ganzen ist alles verständlich, aber die Position der bewaffneten Streitkräfte der Sowjetunion ist nicht ganz klar. Man begreift nicht so recht, auf welchem Territorium sie sich aufhalten und wie sie physisch am allgemeinen Kampf teilnehmen sollen.“*⁽³⁰⁾ Damit sich die Rote Armee schon in den ersten Kriegstagen an den Kampfhandlungen beteiligen konnte, mussten die sowjetischen Truppen polnisches Gebiet durchqueren. Dabei sollten die von ihnen betretenen Zonen strikt begrenzt sein: Die Gegend um Wilna (der sogenannte „Korridor von Wilna“) sowie Galizien.⁽³¹⁾ In einem Telegramm an das Kriegsministerium in Paris unterstrich der Leiter der französischen Delegation, General J. Doumenc, am 15. August 1939: *„Ich weise darauf hin, dass folgende Tatsache sehr wichtig ist, um die polnischen Befürchtungen zu zerstreuen: Die Russen begrenzen die Zonen, wo der Vorstoß [der sowjetischen Truppen] stattfinden soll, äußerst strikt, wobei sie sich ausschließlich an strategischen Gesichtspunkten orientieren.“*⁽³²⁾

Die Polen wollten davon freilich nichts hören. Am Abend des 19. August erklärte Marschall Rydz-Smigly: *„Ohne Rücksicht auf die Folgen wird den russischen Truppen nicht erlaubt werden, auch nur einen Zoll polnischen Territoriums zu besetzen.“*⁽³³⁾ Und der polnische Außenminister J. Beck teilte dem französischen Botschafter in Warschau, L. Noël, mit: *„Wir werden nicht zulassen, dass über die Nutzung eines Teils unseres Territoriums durch fremde Truppen in irgendeiner Form auch nur diskutiert wird.“*⁽³⁴⁾

In einem auf den Dezember 1938 datierten Bericht der (mit Aufklärungsaktivitäten betrauten) zweiten Abteilung des Generalstabs der polnischen Armee wurde festgehalten: *„Der polnischen Politik im Osten liegt die Zerstückelung Russlands zugrunde ... Deswegen wird unsere mögliche Position auf folgende Formel hinauslaufen: Wer wird sich an der Auf-*

teilung beteiligen? Polen darf sich in diesem denkwürdigen historischen Augenblick nicht passiv verhalten. Unsere Aufgabe ist es, uns physisch und geistig beizeiten gut vorzubereiten ... Das Hauptziel besteht in der Schwächung und Zerschlagung Russlands. ^{“35)}

Bei ihren militärischen Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich konnte sich die Sowjetführung ein weiteres Mal davon überzeugen, wie recht ein litauischer Diplomat, auf den sich G. A. Astachow in seinem Tagebuch berief, mit folgendem Ausspruch gehabt hatte: *„Im Kriegsfall wird die UdSSR den Hauptteil der Opfer zu erbringen haben, während England und Frankreich sich eingraben und sich mit Schusswechseln und dem Abfeuern von Raketen begnügen werden. Entscheidende Aktionen werden an der Westfront nicht erfolgen.* ^{“36)}

Da die UdSSR von den Engländern und Franzosen nichts Greifbares bekommen hatte, schloss sie einen Nichtangriffspakt mit Deutschland ab.

Was den moralischen Aspekt betrifft, sei darauf hingewiesen, dass die Vertreter der westlichen Demokratie kein Recht haben, den Vertrag der UdSSR mit Deutschland zu verurteilen. Mit Fug und Recht bemerkte der US-Journalist W. Shirer: *„Wenn Chamberlain ehrlich und edel verfuhr, indem er Hitler 1938 entgegenkam und ihm 1938 die Tschechoslowakei [richtig: das Sudetenland: d. Ü.] abtrat, warum soll sich Stalin dann unehrlich und niederträchtig benommen haben, als er Hitler ein Jahr später entgegenkam und ihm Polen überließ, das ohnehin jede sowjetische Hilfe ablehnte?* ^{“37)}

Dasselbe lässt sich über jene sagen, welche die Ereignisse vom Standpunkt der sogenannten Leninschen Normen der Außenpolitik beurteilen, von denen die Sowjetunion mit der Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland angeblich abgewichen ist. Die Sowjetunion schloss einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, und als Ergebnis bekriegten sich Deutschland, England und Frankreich gegenseitig, statt eine Allianz gegen die UdSSR zu schmieden. Letztere erhielt so die Möglichkeit, nach den anderen Mächten in den Krieg einzutreten, wobei ihr eine gewisse Freiheit der Wahl blieb, auf welcher Seite sie kämpfen wollte.

Die Sowjetführung hatte die Entwicklung zu Beginn des Zweiten Weltkriegs analysiert und war zu jenem Schluss gelangt, den J. W. Stalin am 7. September 1939 anlässlich einer Unterredung mit Komintern-Führern wie folgt formulierte: *„Der Krieg verläuft zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Staaten ... um die Umgestaltung der Welt, um die Herrschaft über die Welt! Wir sind nicht dagegen, dass sie einander ordentlich an die Gurgel fahren und sich gegenseitig schwächen ... Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere anstacheln, damit sie sich möglichst gründlich zerfleischen.* ^{“38)}

Es gilt ferner der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die sowjetischen Truppen im Sommer 1939 am Fluss Chalchin-Gol²⁶ schwere Kämpfe mit den Japanern ausfochten. Da Japan durch den Antikominternpakt mit Deutschland verbunden war, wurde der Abschluss des sowjetisch-deutschen Vertrages in Tokio als Verrat aufgefasst. Aus diesem Anlass meldete der temporäre Bevollmächtigte der UdSSR in Japan, N. I. Generalow, am 24. August in einem Telegramm: „Die Nachricht vom Abschluss des Nichtangriffspaktes zwischen der UdSSR und Deutschland hat hier einen niederschmetternden Eindruck hinterlassen und insbesondere die Armee sowie die faschistischen Kreise zutiefst verstört.“³⁹⁾

Die Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und seinem fernöstlichen Verbündeten wurden hierdurch einer Zerreißprobe ausgesetzt. Infolgedessen entschieden sich die herrschenden Kreise Japans für die „südliche Variante“, die einen Krieg mit England und den USA vorsah. Bekanntlich ist Japan nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR nicht in den Krieg gegen die Sowjetunion eingetreten.

Somit konnte die UdSSR durch den am 19. August 1939 erfolgten Abschluss des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens sowie durch die Unterzeichnung des sogenannten Molotow-Ribbentrop-Paktes vom 23. August den Krieg für einige Zeit von ihren Grenzen fernhalten.

Anmerkungen:

- 1) <http://www.inosmi.ru/translation/239456.html>
- 2) Ebenda.
- 3) Ebenda.
- 4) M. I. Meltjuchow, „Sowjetsko-polskie wojny“ [Die sowjetisch-polnischen Kriege], Moskau 2004, S. 285.
- 5) Im Jahre 1924 waren 95 % der 384.000 Bewohner Danzigs und der angrenzenden Gegenden Deutsche. „Grosse Sowjetische Enzyklopädie“, 1. Auflage, Band 20, Moskau 1930, S. 414.
- 6) Ebenda.
- 7) Siehe Anmerkung 4, S. 285.
- 8) Ebenda, S. 294.
- 9) „God krisisa“ [Das Jahr der Krise], Zwei Bände, Moskau 1990, Band 2, S. 392.
- 10) Ebenda, Band 1, S. 351.
- 11) Zitiert nach J. F. Fuller, „Wtoraja mirowaja wojna“ [Der Zweite Weltkrieg], Moskau 1956, S. 37.
- 12) W. Churchill, „Wtoraja mirowaja wojna“ [Der Zweite Weltkrieg], Drei Bücher, Buch 1, S. 173.
- 13) Siehe Anmerkung 9, Band 1, S. 6.
- 14) Ebenda, S. 386, 387.
- 15) Ebenda, Band 2, S. 391.
- 16) Ebenda.

26 An der Grenze zwischen der mit der UdSSR verbündeten Mongolei und der von Japan besetzten Mandschurei. – Der Übersetzer.

- 17) „Dokumente der Aussenpolitik der UdSSR: 1939. Band XXII“. In zwei Büchern, Moskau 1992, Buch 1, S. 339.
- 18) Ebenda, S. 338.
- 19) Siehe Anmerkung 9, Band 1, S. 389.
- 20) Ebenda, S. 438, 439.
- 21) Siehe Anmerkung 17, Buch 1, S. 342.
- 22) Ebenda, S. 355.
- 23) Ebenda, S. 363.
- 24) „Otscherki istorii Ministerstwa inostrannyh del Rossi: 1802–2002“ [Abrisse einer Geschichte des russischen Aussenministeriums: 1802–2002], drei Bände, Moskau 2002, Band 2, S. 245.
- 25) Archiv der Aussenpolitik der Russischen Föderation, F. 017a, Op. 1, P. 1, D. 6, L. 130.
- 26) Siehe Anmerkung 9, Band 2, S. 403.
- 27) „Dokumente und Materialien zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs. 1937–1939“, zwei Bände, Moskau 1981, S. 168.
- 28) Siehe Anmerkung 9, Band 2, S. 192, 193.
- 29) Ebenda, S. 267.
- 30) Ebenda, S. 212.
- 31) Ebenda, S. 216.
- 32) Ebenda, S. 228, 229.
- 33) L. Mosley „Utratschennoje Wremja“ [Verlorene Zeit], Moskau 1972, S. 301.
- 34) Siehe Anmerkung 9, S. 279.
- 35) Z dziejów stosunków polsko-radzieckich [Aus der Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen], Band 3, Warschau 1968, S. 262, 287.
- 36) Siehe Anmerkung 17, Buch 1, S. 588.
- 37) Siehe Anmerkung 12, Band 2, S. 212.
- 38) „1941 god“ [Das Jahr 1941], zwei Bücher, Moskau 1998, Buch 2, S. 584.
- 39) Siehe Anmerkung 9, Band 2, S. 322.

*